

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 83 (2005)
Heft: 4

Artikel: Dialog zwischen Kirche, Moschee und Synagoge
Autor: Schwegler, Daniela
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-723869>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dialog zwischen Kirche, Moschee und Synagoge

Wie lässt sich das Gespräch unter den Religionen fördern? Wie das Band des Friedens festigen? Über solche und andere Fragen werden die Juden, Christen und Muslime in Zukunft gemeinsam diskutieren – im Schweizerischen Rat der Religionen, der demnächst gegründet wird.

VON DANIELA SCHWEGLER

Die erste umfassende Isopublic-Umfrage zur Islamdebatte in der Schweiz zeigt: Schweizerinnen und Schweizer haben keine Angst vor den Muslimen. 74 Prozent der im November 2004 Befragten sehen den Islam nicht als Bedrohung.

Und dennoch: Durch die Attentate in New York, die Ermordung des islamkritischen Filmers Theo van Gogh in Amsterdam und durch Hasspredigten in Schweizer Moscheen gegen eine angeblich moralisch defizitäre westliche Kultur haben die religiös-fundamentalistischen Strömungen die Aufmerksamkeit auf sich gezogen – und sie gefährden den Ruf ihrer Religion.

Der Angst vor den militanten Islamisten sachliche Information entgegenzusetzen und aufzuzeigen, dass moderater Islam nichts mit militantem Terrorismus zu tun hat, ist deshalb eines der Anliegen des Rats der Religionen, der demnächst gegründet werden soll (siehe Kasten «Kooperation fördert den Frieden»). «Angstmacherei ist völlig fehl am Platz», sagt dazu Agnell Rickenmann, der Generalsekretär der Schweizerischen Bischofskonferenz (SBK).

Der Rat der Religionen will mehr als aufklären. Er soll eine Plattform des Austausches zwischen den drei abrahamitischen – also den von Abraham abstammenden – Religionen sein. Die höchsten Religions- und Konfessionsvertreter wollen den Dialog untereinander institutionalisieren und in regelmässigen Treffen aktuelle religionspolitische Fragen besprechen,

etwa: Wie entscheiden in der Kopftuchfrage? Sollen Imame in der Schweiz ausgebildet werden? Ist es richtig, dass Menschen aller Religionsgemeinschaften künftig auf demselben Friedhof bestattet werden? Und braucht die Schweiz einen neuen Religionsartikel in der Bundesverfassung?

Bei den Treffen würden nicht Glaubens-, sondern religionspolitische Fragen diskutiert, stellt Thomas Wipf, Ratspräsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), klar. Die Idee zur Gründung des Rats stammt von ihm.

DIE CHRISTEN WERDEN WENIGER

Die religiöse Situation verändert sich. Gemäss der letzten Volkszählung in der Schweiz gehörten 11 Prozent der Bevölkerung keiner Religionsgemeinschaft mehr an. 30 Jahre zuvor war dies ein Prozent. Die beiden grossen Landeskirchen – Katholiken und Protestanten – stehen somit vor neuen Herausforderungen. Während 1970 fast 50 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer katholisch waren, lag ihr Anteil im Jahr 2000 noch bei 42 Prozent. Ähnlich bei den Protestanten: Zählten sie Anfang der Achtzigerjahre rund 47 Prozent, waren es im Jahr 2000 noch 34 Prozent. Als neues Phänomen im Land zeigt sich eine Zunahme des Islam. Gehörte 1970 nur eine sehr kleine Minderheit der Schweizer Bevölkerung dieser Glaubensgemeinschaft an, sind es mittlerweile bereits gut 4 Prozent. Der Anteil der Juden bleibt hingegen mit gut ¼ Prozent ziemlich konstant.

Religionspolitischen Zündstoff gibt es genug: Wo steht zum Beispiel das islamische Recht, die Scharia, die Steinigungen zulässt, im Verhältnis zum schweizerischen Recht? Für Farhad Afshar, Präsident der Koordination Islamischer Organisationen (KIOS), versteht sich das von selbst: «Massgebend für alle in der Schweiz wohnenden Menschen sind die Verfassung und die hiesigen Gesetze.» So wenig es gerechtfertigt sei, dass die Schweiz etwa ihr Recht anderen Ländern aufkrotziere, so wenig gehe es an, dass fremdes Recht über schweizerisches gestülpt werde. Das ist der Tenor im gesamten Rat der Religionen.

Die Geister scheiden sich hingegen gegenwärtig an der Frage, ob der Import von geschächtetem Fleisch in die Schweiz verboten werden soll, wie es die Volksinitiative «Tierschutz – Ja!» vorschlägt. Juden und Muslime würden dadurch in der Ausübung ihres Glaubens grundlegend eingeschränkt. In der kleinen Kammer erlitt die Vorlage denn im vergangenen Herbst mit 33 zu 0 Stimmen auch deutlich Schiffbruch.

Unter Beschuss seitens der SVP gerät zudem das Antirassismugesetz. «Für uns ist es eines der Mittel, um gegen Antisemitismus zu kämpfen», sagt Alfred Donath, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG). Er hofft deshalb, dass das Parlament den Strafrechtsartikel beibehalten wird, damit Negationisten – Personen, die den Völkermord an den Juden im Zweiten Weltkrieg leugnen – auch künftig strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können.



BILD: KEYSTONE/YOSHIKO KUSANO

Gemeinsam gedenken: Im Januar trauerten die verschiedenen Religionsgemeinschaften in Bern zusammen um die Tsunami-Opfer.

Über kurz oder lang zur Debatte stehen dürfte die Frage der öffentlich-rechtlichen Anerkennung nicht-christlicher Glaubensgemeinschaften. So wünscht sich Farhad Afshar, dass muslimische Gemeinden schweizweit anerkannt werden.

Dass der Rat der Religionen bereits im Vorfeld seiner Gründung Früchte trägt,

davon ist Thomas Wipf überzeugt: «Er könnte zum Katalysator für die Demokratisierung der traditionell ethnisch – zum Beispiel türkisch, albanisch oder bosnisch – organisierten islamischen Glaubensgemeinschaften werden.»

So haben sich denn kürzlich die drei muslimischen Kantonalverbände Zürich,

Basel und Bern der KIOS angeschlossen, wie Farhad Afshar bestätigt.

Grundlage der künftigen Zusammenarbeit soll die gemeinsame Idee des Friedens sein. «Schliesslich verfolgen alle Religionen dasselbe Ziel: den Sieg des Guten über das Böse», sagt Alfred Donath stellvertretend für den ganzen Rat. ■

KOOPERATION FÖRDERT DEN FRIEDEN

«Für das friedliche Zusammenleben der Religionen in der Schweiz ist der Dialog ganz entscheidend», sagt Thomas Wipf, Ratspräsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK). Im neuen Rat der Religionen soll deshalb das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zwischen Juden, Christen und Muslimen gefördert und gestärkt werden. Zudem soll der Rat Ansprechpartner für den Bund sein.

Die jeweiligen Religionen werden neben Pfarrer Thomas Wipf vertreten durch Alfred Donath, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), Farhad Afshar, Präsident der Islamischen Organisationen Schweiz (KIOS), Bischof Fritz-René Müller von der Christkatholischen Kirche der Schweiz

und Bischof Amédée Grab, Präsident der Schweizerischen Bischofskonferenz (SBK).

Entstanden ist die Idee vor zwei Jahren, am 5. März 2003 – zwei Wochen vor dem Kriegsbeginn im Irak. Katholiken, Reformierte, Juden und Muslime trafen sich damals im Berner Münster zum gemeinsamen Friedensgebet – ähnlich wie Anfang Januar 2005 wieder zur nationalen Trauerfeier im Gedenken an die Tsunami-Opfer. Beim ersten Treffen 2003 vereinbarten die Religionsführer, ihre Zusammenarbeit zu intensivieren. «Die Spannungen und Kriege in der Welt sind uns Anlass, hier in der Schweiz die Achtung voreinander zu wahren, den Dialog unter uns zu verstärken und das Band des Friedens zu festigen.»